



30.10.2009

Pressemitteilung

Schwarz: Ackerbauern und Schweinehalter nicht vergessen

Das im Koalitionsvertrag von CDU und FDP auf Bundesebene angekündigte Grünlandmilchprogramm hat der Präsident des Bauernverbandes Schleswig-Holstein, Werner Schwarz, als „dringend benötigte Hilfe“ für die Milchbauern begrüßt. Er mahnte zugleich, die Betroffenheit der Ackerbauern und Schweinehalter nicht zu vergessen. Sowohl die Getreidepreise, als auch die Ferkel- und Schweinepreise befänden sich auf Tiefstständen. Ackerbauern, Sauenhalter und Schweinemäster kämpften genauso wie die Milchbauern mit einer Preis- und Einkommenskrise.

Schwarz forderte folgende Sofortmaßnahmen für Ackerbauern und Schweinehalter:

- **Beim Agrardiesel:** Die von der Koalition beabsichtigte Aufhebung der Unter- und Obergrenze für die Steuererstattung ist zu begrüßen. Darüber hinaus muss der Steuersatz auf Agrardiesel auf das niedrigste europäische Niveau gesenkt werden. Dies kann Deutschland im Alleingang regeln und muss nicht, wie es der Koalitionsvertrag vorsieht, auf europäischer Harmonisierung drängen.
- **Beim Tiertransport:** Entgegen dem Koalitionsvertrag darf es zu keinen Verschärfungen bei den Tiertransporten kommen. „Die Tiertransporte werden in Deutschland tierschutzgerecht durchgeführt. Eine Verkürzung der Transportzeiten würde kein Mehr an Tierschutz, aber erhebliche Wettbewerbsnachteile für die schleswig-holsteinischen Landwirte bedeuten durch höhere Kosten und schlechtere Vermarktungsbedingungen“, so Schwarz zur Begründung.
- **Bei der Tierseuchenbekämpfung:** Die Bundesregierung muss endlich durchgängig auf Impfstrategien statt auf großflächige Keulung der Tierbestände setzen.
- **Beim Tierschutz:** Für das Kupieren der Schwänze bei Schweinen und die Mast männlicher Ferkel müssen praxisgerechte Lösungen in Abstimmung mit der Landwirtschaft gefunden werden.
- **Bei der Futtermittelversorgung:** Beim Sojaimport gefährden die Nulltoleranzregelung für GVO-Spuren und die schleppende Zulassung von GVO-Soja die Futtermittelversorgung der deutschen Tierhalter. Beides muss dringend geändert werden.
- **Beim Export:** Die Bundesregierung muss weiter alles daransetzen, Exportbarrie-

ren für deutsches Schweinefleisch auf außereuropäischen Märkten zu beseitigen.

- **Bei den vertraglichen Natur- und Wasserschutzprogrammen:** Für die überzeichneten Programme, insbesondere die Einrichtung von Schonstreifen und Ackerlebensräumen, müssen mehr Mittel bereit gestellt werden.
- **Beim Pflanzenschutz:** Das EU-Pflanzenschutzpaket muss national praxisgerecht und ohne Reduzierungsvorgaben umgesetzt werden.
- **Beim Baurecht:** Der bürokratische Leitfaden zur Stickstoffdeposition aus Tierhaltungsanlagen muss zurückgezogen werden.
- **Beim Steuerrecht:** Wegen der stark schwankenden Preise benötigen gerade Schweinehalter und Ackerbauern eine steuerliche Risikoausgleichsrücklage.

Weitere Fragen beantwortet Ihnen gerne:

Klaus Dahmke • Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Klaus.dahmke@bauernverbandsh.de
Telefon 04331/12 77-21 • Fax 04331/2 61 05
Mobil 0171/9 72 73 32

Postanschrift

Postfach 821
24758 Rendsburg
www.bauernverbandsh.de